



NIEDERSCHRIFT über die öffentliche

Sitzung des Marktgemeinderates

vom 23. Mai 2023 (18:00 - 20:35 Uhr)

Vorsitz:

1. Bürgermeister Claus Schwarzmann

Gremiumsmitglieder:	Bemerkung:
Georg Eismann	
Christian Grieb	
Martin Albert	
Josef Arneth	
Martin Distler	
Dr. Hans-Jürgen Dittmann	
Monika Dittmann	
Agnes Fronhöfer	
Irmgard Heckmann	
Frederik Jung	
Dr. Harald Knorr	
Arnulf Koy	
Johannes Maier	
Wolfgang Nagengast	
Ulrike Nistelweck	
Georg Peßler	
Stefan Pfister	
Dr. Reinhard Stang	
Zacharias Zehner	
Entschuldigt sind	
Rudolf Fischer	
Ortssprecher	
Harald Bürger	Ortssprecher
Uwe Mühlmichl	Ortssprecher
Verwaltung	
Stefan Loch	Schriftführer

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1. Eröffnung der Sitzung**
- 2. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Marktgemeinderates vom 25.04.2023 (ö.T.)**
- 3. PV-Freiflächenanlagen im Markt Eggolsheim**
 - 3.1 Vortrag Energievision Franken - Erläuterung neue Rechtslage (Privilegierung)**
 - 3.2 Aussetzen des Grundsatzbeschlusses vom 25.10.2022 - Vorrang von privilegierten Vorhaben**
- 4. Einbeziehungssatzung Nr. 6 „Drügendorf Süd“, Fl. Nr. 999 (Teilfläche), Aufstellungsbeschluss**
- 5. Verkehrswesen - Antrag des Bürgerbundes**
 - 5.1 Beitrittserklärung zur Initiative "Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeit"**
 - 5.2 Übersicht der Gemeindestraßen - Anordnung von Tempo 30 durch den Markt Eggolsheim**
 - 5.3 Sachstandsbericht zu weiteren Forderungen aus dem Maßnahmenplan zum Antrag des Bürgerbundes**
- 6. Bauantrag: Errichtung einer Mehrzweckhalle;
Bauort: Fl.Nr. 570, Gemarkung Bammersdorf (Kirschäckerstraße)**
- 7. Sportzentrum Eggolsheim - Bauzeitenplan Außenanlagen und Erschließung**
- 8. Festzelt des Marktes Eggolsheim - Nutzungsvereinbarung und Kalkulation der Verleihgebühr**
- 9. Wünsche und Anfragen**
 - 9.1 Würdigung für vorbildliches Handeln in Sachen Energiewende und Klimaschutz -
Zuwendung an den Schützenverein Frankonia Neuses e.V.**

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung

Sachverhalt:

Erster Bürgermeister Claus Schwarzmann eröffnet um 18:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Marktgemeinderates fest.

2. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Marktgemeinderates vom 25.04.2023 (ö.T.)

Beschluss:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates wurde allen Mitgliedern des Marktgemeinderates über das Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt bzw. zugesandt. Bedenken gegen die Niederschrift wurden nicht erhoben. Sie gilt somit als genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 20 : 0

3. PV-Freiflächenanlagen im Markt Eggolsheim

3.1 Vortrag Energievision Franken - Erläuterung neue Rechtslage (Privilegierung)

Sachverhalt:

Anhand eines Sachvortrages mittels Präsentation von Energievision Franken wurde die neue Rechtslage zur Privilegierung von Freiflächenphotovoltaikanlagen entlang von Autobahn- und Bahntrassen erläutert.

3.2 Aussetzen des Grundsatzbeschlusses vom 25.10.2022 - Vorrang von privilegierten Vorhaben

Sachverhalt:

Ausgangslage

Nach dem Fachvortrag (ENV – Energievision Franken GmbH) zur Gesetzesänderung des § 35 Abs. 1 BauGB hinsichtlich der Privilegierung von PV-Freiflächenanlagen im Außenbereich entlang von Autobahnen und zweigleisigen Schienenwegen bleibt festzuhalten, dass sich im Gemeindegebiet insgesamt 146,5 ha auf direktem Wege im Bauantragsverfahren und ohne Bauleitplanung entwickeln lassen. Hier schlummert ein Potential einer Leistungsstärke von rund 150 MW. Die Marktgemeinde kann etwaigen Antragstellern bei diesen Flächen weder eine Entwicklung verwehren noch, abgesehen von der Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens mit entsprechender Stellungnahme, gegen das bestehende Recht Einfluss auf die Entwicklung nehmen. Auf der anderen Seite ist hier aber auch kein aufwändiges Bauleitplanverfahren mit etlichen Beschlüssen, Fristen und Auslegungen mehr notwendig. Gemäß des Grundsatzbeschlusses vom 25.10.2022 sollten zunächst 30 MW (entsprechen ca. 30 ha) im Gemeindegebiet entwickelt werden. Aktuell befinden sich 5,6 MW nach erfolgten

Aufstellungsbeschlüssen in der Entwicklung. Demnach wären noch 24,4 MW frei. Angefragt wurden an privilegierten Flächen bereits 10 MW. Für diese Flächen ist mit einem zeitnahen Eingang von Bauanträgen zu rechnen. Es blieben dann noch 14,4 MW übrig und die Entwicklung ist sehr rasant und dynamisch im Bereich der privilegierten Flächen. Mehrere Projektanten sind aktuell im Gemeindegebiet unterwegs und suchen den Kontakt zu den betroffenen Grundstückseigentümern. Es besteht deshalb die Überlegung, ob man dem Willen des Gesetzgebers gerecht wird und sich im Gemeindegebiet zunächst auf die Entwicklung der nun privilegierten Flächen konzentriert, bevor man außerhalb der bevorzugten Bereiche weitere Flächen frei gibt. Genug Potential ist vorhanden, um auch deutlich mehr als die angedachten 30 MW zu entwickeln. Eine Begrenzung auf eine insgesamte Maximalleistung ist auf diesen Flächen zudem sowieso nicht möglich.

Was könnte dem entgegenstehen?

Das Herzstück eines jeden PV-Freiflächenprojektes der Einspeisepunkt ist. Die privilegierten Flächen im Gemeindegebiet sind zwar groß, dennoch könnte sich ergeben, dass die Einspeisemöglichkeiten zurück gehen. Dies ist abhängig vom Entwicklungswillen und von der Kooperation des Netzbetreibers (Bayernwerk). Auch ist eine Kreuzung, aufgrund einer notwendigen Kabelverlegung für die Anbindung einiger potentieller PV-Parks an das Netz, bei der Bahnlinie (4-spurig) bzw. der Autobahn ein aufwendiges Unterfangen, was Projektanten ggf. abschrecken könnte. Ferner müssen sich natürlich auch genügend Grundstückseigentümer für eine Entwicklung ihrer Flächen entscheiden.

Vorschlag zum weiteren Vorgehen

Das Entwicklungspotential der privilegierten Flächen im Gemeindegebiet ist groß, jedoch auch von einigen aktuell noch unklaren Bedingungen abhängig. Aus diesem Grund könnte der Grundsatzbeschluss zunächst temporär für ca. 1 Jahr ausgesetzt werden, um die Entwicklung in den betroffenen Bereichen zu beobachten. In diesem Zeitraum werden dann außerhalb der Privilegierung keine weiteren Entwicklungen im Gemeindegebiet mehr zugelassen und auch keine Bauleitplanverfahren für PV-Freiflächenanlagen gestartet. Sollte die Entwicklung in den privilegierten Bereichen nicht wie erwartet voranschreiten, könnte der Marktgemeinderat den Grundsatzbeschluss wieder einsetzen, ggf. aber mit einer höheren Bewertungszahl (Pluswerte, bisher bis -3). So hat der Marktgemeinderat dennoch die Möglichkeit den Gesamtflächenverbrauch im Gemeindegebiet vernünftig zu steuern.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat beschließt, den am 25.10.2022 gefassten Grundsatzbeschluss zur Zulassung von PV-Freiflächenanlagen zunächst für 1 Jahr bis 31.05.2024 auszusetzen. In diesem Zeitraum werden potentielle Antragsteller rein auf die nach § 35 Abs. 1 Nr. 8 BauGB im Gemeindegebiet befindlichen privilegierten Flächen verwiesen. Binnen Jahresfrist wird der Marktgemeinderat die bis dahin erfolgte Entwicklung bewerten und den Grundsatzbeschluss ggf. wieder eröffnen, anpassen oder weiterhin aussetzen.

Abstimmungsergebnis: 6 : 14

Beschluss:

Der vom Marktgemeinderat am 25.10.2022 gefasste Grundsatzbeschluss soll weiter seine Gültigkeit behalten, bis die dort genannten 30 ha Planfläche erreicht werden (außerhalb der privilegierten Flächen). Angesichts der nun größeren Entwicklungsmöglichkeiten bei der Privilegierung soll die Punktzahl von -3 auf 0 angehoben werden.

Abstimmungsergebnis: 9 : 11

Nachdem beide Beschlussvorschläge keine Mehrheit finden konnten, gilt der gefasste Grundsatzbeschluss vom 25.10.2022 unverändert weiter.

4. Einbeziehungssatzung Nr. 6 „Drügendorf Süd“, Fl. Nr. 999 (Teilfläche), Aufstellungsbeschluss

Sachverhalt:

Der Bauantrag für dieses Vorhaben wurde bereits in der Sitzung des Bauausschusses vom 16.05.2023 behandelt. Dem Vorhaben wurde unter entsprechenden Auflagen zugestimmt. Durch das Landratsamt Forchheim wurde eine Genehmigung des Vorhabens nach Erlass einer entsprechenden Einbeziehungssatzung für diesen Bereich in Aussicht gestellt.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat des Marktes Eggolsheim beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung der Einbeziehungssatzung „Drügendorf Süd“ für den Bereich einer Teilfläche des Grundstücks Fl.Nr. 999, Gemarkung Drügendorf.

Der einbezogene Bereich befindet sich am südlichen Siedlungsrand des Ortsteils Drügendorf. Er umfasst eine Teilfläche des Grundstücks mit der Fl. Nr. 999, Gemarkung Drügendorf und weist eine Fläche von ca. 0,335 ha auf.

Ziel ist die Einbeziehung eines Außenbereichsgrundstücks in den im Zusammenhang bebauten Ortsteil Drügendorf, um den Neubau eines Wohnhauses für Ortsansässige zu ermöglichen.

Der Beschluss über die Aufstellung der Ergänzungssatzung ist von der Verwaltung ortsüblich bekanntzumachen (§ 2 Abs. 1 BauGB).

Abstimmungsergebnis: 20 : 0

5. Verkehrswesen - Antrag des Bürgerbundes

5.1 Beitrittserklärung zur Initiative "Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeit"

Sachverhalt:

Der Bürgerbund macht sich in seinem Antrag vom 24.07.2022 und im Ergebnis der Ausarbeitung eines Maßnahmenplans vom 27.02.2023 stark für die Einführung einer generellen innerörtlichen Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h.

Da der Markt Eggolsheim von einer Vielzahl von Kreisstraßen durchzogen ist, deren Baulastträger der Landkreis Forchheim ist, liegt die Anordnungshoheit der zugelassenen Höchstgeschwindigkeit auch beim Landkreis als Verkehrsbehörde. Bisherige Anträge des Marktes Eggolsheim auf Reduzierung der Geschwindigkeit im Bereich der innerörtlichen Kreisstraßen liefen bis auf wenige Ausnahmen (Bammersdorf und Kauernhofen im Bereich des Kindergartens) ins Leere.

Grund für die Haltung des Landkreises sind vor allem die aktuell gültigen gesetzlichen Vorgaben, die Kreisstraßen eine überörtliche Bedeutung zusprechen und dort deshalb eine Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h als Standard angesehen werden muss. Derzeit legt der §45 der Straßenverkehrsordnung - ein Bundesgesetz - fest, dass Tempo 30 nur bei konkreten Gefährdungen bzw. vor sozialen Einrichtungen wie beispielsweise Kitas und Schulen angeordnet werden kann.

In der Recherche ist die Verwaltung auf die Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeit“ gestoßen. Die Initiative fordert den Bund auf, die rechtlichen Voraussetzungen dafür

zu schaffen, dass Kommunen selbst Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit innerorts anordnen können, wo sie es für notwendig halten.

Was steckt hinter der Initiative?

Die Initiative ist ein Zusammenschluss von Städten und Gemeinden, die sich für mehr Entscheidungsfreiheit für die Anordnung von Höchstgeschwindigkeiten innerhalb geschlossener Ortschaften einsetzt.

Wer steckt hinter der Initiative?

Die Geschäftsstelle der Initiative ist bei der Stadt Leipzig angegliedert, Sprecher der Initiative sind Frauke Burgdorff und Thomas Dienberg. Gegründet wurde sie im Juli 2021 mit sieben Initiativstädten. Bis heute sind deutschlandweit bereits 684 Kommunen Teil der Initiative. Im Landkreis Forchheim hat kürzlich Igensdorf den Beitritt erklärt und in der Nähe sind auch die Stadt Bamberg, die Gemeinde Lisberg, die Gemeinde Großeneseebach sowie die Stadt Erlangen bereits dabei.

Wie kann man der Initiative beitreten?

Der "Beitritt" erfolgt in der Regel durch formlose Erklärung der politisch Verantwortlichen. Hierbei ist auch der Verweis auf einen Ratsbeschluss ausreichend.

Welche Verpflichtungen entstehen durch den Beitritt?

Keine. Mit der Erklärung der geht es ausdrücklich nur um die Unterstützung der Initiative auf der Basis des bestehenden Positionspapiers, welches der Beschlussvorlage in der Anlage beigelegt wurde. Gebühren entstehen ebenfalls keine. Die Mitgliedschaft ist kostenlos.

Was fordert die Initiative konkret?

Mit einem etwaigen Beitrittsbeschluss wird die nachfolgende Erklärung der Initiative politisch unterstützt:

1. Wir bekennen uns zur Notwendigkeit der Mobilitäts- und Verkehrswende mit dem Ziel, die Lebensqualität in unseren Städten zu erhöhen.
2. Wir sehen Tempo 30 für den Kraftfahrzeugverkehr auch auf Hauptverkehrsstraßen als integrierten Bestandteil eines nachhaltigen gesamtstädtischen Mobilitätskonzepts und einer Strategie zur Aufwertung der öffentlichen Räume.
3. Wir fordern den Bund auf, umgehend die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Kommunen im Sinne der Resolution des Deutschen Bundestags vom 17.01.2020 ohne weitere Einschränkungen Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit innerorts dort anordnen können, wo sie es für notwendig halten.
4. Wir begrüßen ein vom Bund gefördertes begleitendes Modellvorhaben, das wichtige Einzelaspekte im Zusammenhang mit dieser Neureglung vertieft untersuchen soll (u. a. zu den Auswirkungen auf den ÖPNV, zur Radverkehrssicherheit und zu den Auswirkungen auf das nachgeordnete Netz), um ggf. bei den Regelungen bzw. deren Anwendung nachsteuern zu können

Fazit:

Aus Sicht der Verwaltung decken sich die Forderungen der Initiative mit dem Antrag des Bürgerbundes auf Überprüfung der Anordnung von Tempo 30 im gesamten Gemeindegebiet. Mit einem Beitritt würde diese Forderung unterstrichen und die Position des Marktes Eggolsheim nach mehr Autonomie bei der Anordnung von Tempo 30 im eigenen Gemeindegebiet unterstützt. Deshalb wird ein Beitritt empfohlen, um sich auch auf bundespolitischer Ebene mehr Gehör zu verschaffen.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat beschließt, der Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeit“ beizutreten und beauftragt die Verwaltung die Beitrittserklärung zur Aufnahme in die Liste der Unterstützer an die Verantwortlichen der Initiative zu übersenden.

Abstimmungsergebnis: 11 : 9

5.2 Übersicht der Gemeindestraßen - Anordnung von Tempo 30 durch den Markt Eggolsheim

Sachverhalt:

In der Nachbereitung des Antrags des Bürgerbundes im Rahmen eines Gesprächs mit den Initiatoren am 27.02.2023, wurde der Auftrag an die Verwaltung erteilt, eine Übersicht aller Straßen aufzustellen, die in der Anordnungshoheit des Marktes Eggolsheim stehen und bei denen noch keine 30 km/h als Höchstgeschwindigkeit gelten.

Hierbei hat die Verwaltung bewertet, bei welchen dieser Straßen die Anordnung von Tempo 30 (entweder als Zone oder mit Einzelbeschilderung) sinnvoll erscheint.

Hier die Aufstellung
(vom Bauhof erstellte Lagepläne sind der Beschlussvorlage beigelegt):

Eggolsheim	
Straße	Maßnahme
Bammersdorfer Straße	Anordnung Tempo 30 sinnvoll, zunächst nicht als Zone 30
Bahnhofstraße (bebauter Bereich)	Anordnung Tempo 30 sinnvoll, mit Einzelbeschilderung
Am Hirtentor	Anordnung Tempo 30 sinnvoll, zunächst nicht als Zone 30
Am Schwedengraben	Anordnung Tempo 30 sinnvoll, zunächst nicht als Zone 30
Bahnhofstraße innerorts (Bahnhofssiedlung)	Anordnung Tempo 30 sinnvoll, als Zone 30
Kurt-Lindner-Straße (Bahnhofssiedlung)	Anordnung Tempo 30 sinnvoll, als Zone 30
Hartmannstraße	Anordnung Tempo 30 sinnvoll, zunächst nicht als Zone 30
Brückenstraße (bis Einmündung am oberen Tor)	Anordnung Tempo 30 sinnvoll, mit Einzelbeschilderung (da Einmündung in verkehrsberuhigten Bereich)
Peuntstraße	Sackgasse, keine höhere Geschwindigkeit möglich, keine Anordnung 30
Lilienweg	Sackgasse, keine höhere Geschwindigkeit möglich, keine Anordnung 30
Nelkenweg	Sackgasse, keine höhere Geschwindigkeit möglich, keine Anordnung 30
Am Sportfeld	neue Regelung, wenn Bauprojekte abgeschlossen, ggf. verkehrsberuhigt
Schirnaidel	kein Bedarf - bereits alles auf 30 km/h
Unterstümmig	kein Bedarf - bereits alles auf 30 km/h
Gewerbegebiet Weinhütten	Umstellung auf Zone 30 im Gesamtbereich

Gewerbegebiet in der Büg	kein Bedarf - bereits alles auf 30 km/h
---------------------------------	---

Bammersdorf	
Straße	Maßnahme
Graf-Bentzel-Straße	höhere Geschwindigkeiten kaum möglich, keine Anordnung 30

Rettern	
Straße	Maßnahme
Kapellenberg	Sackgasse, keine höhere Geschwindigkeit möglich, keine Anordnung 30

Kauernhofen	kein Bedarf - bereits alles auf 30 km/h
--------------------	---

Neuses	kein Bedarf - bereits alles auf 30 km/h
---------------	---

Weigelshofen	
Straße	Maßnahme
Betzengasse	Anordnung Tempo 30 sinnvoll, mit Einzelbeschilderung

Drosendorf	
Straße	Maßnahme
Bühlweg	Sackgasse, keine höhere Geschwindigkeit möglich, keine Anordnung 30
Wiesenstraße	Sackgasse, keine höhere Geschwindigkeit möglich, keine Anordnung 30
Drügendorfer Straße	Anordnung Tempo 30 sinnvoll, mit Einzelbeschilderung
Bachgasse	Anordnung Tempo 30 sinnvoll, als Zone 30
Gartenstraße	Anordnung Tempo 30 sinnvoll, als Zone 30

Drügendorf	Umstellung auf Zone 30 im Gesamtort nach Dorferneuerung
-------------------	---

Götzendorf	Seitenstraßen eng, kaum höhere Geschwindigkeit möglich, keine Anordnung 30
-------------------	--

Tiefenstürmig	Seitenstraßen eng, kaum höhere Geschwindigkeit möglich, keine Anordnung 30
	ggf. aber 30, wenn Bergstraße wieder offen, im Bereich der eigenen Liegenschaft

Beschluss:

Der Marktgemeinderat nimmt die Übersicht zur Kenntnis und billigt die Maßnahmenvorschläge der Verwaltung inklusive der im Diskussionsverlauf angeregten und eingearbeiteten Änderungen.

Der Marktgemeinderat beauftragt die Verwaltung die empfohlenen Maßnahmen sukzessive umzusetzen und die Beschilderung anzupassen.

Abstimmungsergebnis: 20 : 0

5.3 Sachstandsbericht zu weiteren Forderungen aus dem Maßnahmenplan zum Antrag des Bürgerbundes

Sachverhalt:

Im Rahmen der Aufbereitung der Forderungen im Antrag des Bürgerbundes wurden in der gemeinsamen Nachbesprechung am 27.02.2023 u.a. nachfolgende Einzelmaßnahmen herausgepickt. Diese Maßnahmen sind bereits erledigt bzw. bewertet, beantwortet oder in Vorbereitung der Erledigung.

- 1. Generell 30 km/h im gesamten Gemeindegebiet**
Diese Forderung wird durch die beiden vorgegangenen Beschlüsse erfüllt soweit dies möglich ist.
- 2. Anschaffung weiterer Geschwindigkeitsanzeigen**
Aktuell werden Angebote für 2 weitere wartungsarme Anzeigen eingeholt. Für das Jahr 2023 sollen zu den 4 bestehenden 2 weitere Anzeigen angeschafft werden. Im kommenden Jahr nochmals 2 weitere. Mit 8 Anzeigen wird man die Problemstellen im Gemeindegebiet größtenteils abdecken.
- 3. Parkplatz Eggerbach-Halle – Anpassung der Beschilderung**
Hier wurde die Beschilderung bereits durch den Bauhof angepasst. Die Beschilderung des verkehrsberuhigten Bereichs war nicht deutlich. Der Bauhof hat ein Schild versetzt und wird zeitnah noch eine Bodenmarkierung zur Verdeutlichung anbringen.
- 4. Schulstraße, Richtung Eggerbach-Halle – Bodenmarkierung verkehrsberuhigter Bereich**
In den kommenden Wochen wird der Bauhof hier eine Bodenmarkierung verbessern und im hinteren Bereich bei der Eggerbach-Halle eine weitere anbringen.
- 5. Drügendorf, Bereich um den Kindergarten – weitere Bodenmarkierungen**
Hier werden ebenfalls Bodenmarkierungen angebracht. Zudem ist für diesen Bereich eine verdeckte Verkehrsmessung bei der KVÜ beantragt, die nach Verfügbarkeit in den kommenden Monaten durchgeführt wird. Die Initiatoren werden über die Ergebnisse informiert.
- 6. Schulstraße vor der Schule „Abholzone“ - Anbringen von Pollern**
Dies wurde vom Bauhof bereits geprüft und davon wird abgeraten, da der Unterhalt für Poller sehr hoch ist. Auch wird der Bereich um die historische Kegelbahn dadurch optisch abgewertet. Im Umgriff um die Buseinfahrt ist auf Grund der Einstiegszone sowieso keine Anbringung von Pollern möglich. Die Verwaltung setzt aber verstärkt auf den Einsatz der Verkehrsüberwachung.
- 7. Neuses – Ampelschaltung Kreuzung der St 2244**
Ampelschaltung wurde mittlerweile angepasst.
- 8. Eggolsheim – Sperrung des Schwedengrabens für den Radverkehr**
Die Beschilderung wurde geändert und ist erledigt.
- 9. Fehlende Fuß- und Gehwegeverbindung zwischen Wertstoffhof und Kreisel Neuses (FO 4)**
Absage des Landkreises mit Mail vom 20.04.2023. Ein Ausbau ist hier nicht möglich.
- 10. Fehlende Fuß- und Gehwegeverbindung Richtung Forchheim an St2244**
Mit dem Staatlichen Bauamt gibt es mittlerweile eine mündliche Übereinkunft, dass ein Bau bis zur Schleuse im ähnlichen Sonderkonstrukt wie am Ortseingang in Neuses in den folgenden Jahren umgesetzt werden soll. Die Mittel für den Bau werden vom Staatlichen Bauamt

bereitgestellt, ausgeführt wird die Maßnahme vom Markt Eggolsheim. Die schriftliche Vereinbarung wird im Marktgemeinderat vorgestellt und beschlossen, sobald das Staatliche Bauamt sie ausgestaltet und zugesandt hat.

Dies dient den Marktgemeinderat als Zwischeninformation. Über die weitere Umsetzung der Punkte aus dem Antrag des Bürgerbunds werden wir wieder berichten.

6. Bauantrag: Errichtung einer Mehrzweckhalle; Bauort: Fl.Nr. 570, Gemarkung Bammersdorf (Kirschäckerstraße)

Sachverhalt:

Der Antragsteller reicht einen Bauantrag für die Errichtung einer Mehrzweckhalle ein. Die nördliche Halle ist bereits im Bestand vorhanden. Der Antragsteller plant eine weitere Mehrzweckhalle im Süden. Beide Hallen sollen mit einem Zwischenbau verbunden werden. Aufgrund der Gesamtgröße ist eine Baugenehmigung erforderlich.

Die südliche Halle ist mit einem flachgeneigtem Satteldach mit einer Neigung von 10°, der Zwischenbau mit einem flachgeneigtem Pultdach von 10° geplant. Die Dacheindeckung ist mit Profilblech vorgesehen. Die Gestaltungssatzung sieht eine Dacheindeckung mit Ziegeln oder Betondachsteinen vor. Für die Profilblecheindeckung ist daher eine Befreiung von der Gestaltungssatzung erforderlich. Da die bereits bestehende Halle ebenfalls mit Blech eingedeckt ist, ergibt sich ein einheitliches Erscheinungsbild.

Aus Sicht der Verwaltung kann die erforderliche Befreiung für die Dacheindeckung befürwortet werden.

Beschluss:

1. Der Markt Eggolsheim erteilt das planungsrechtliche Einvernehmen zu dem im Betreff näher bezeichneten Bauvorhaben gemäß § 36 BauGB.
2. Der Erteilung der erforderlichen Befreiung von den Festsetzungen der Gestaltungssatzung des Marktes Eggolsheim wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 19 : 0

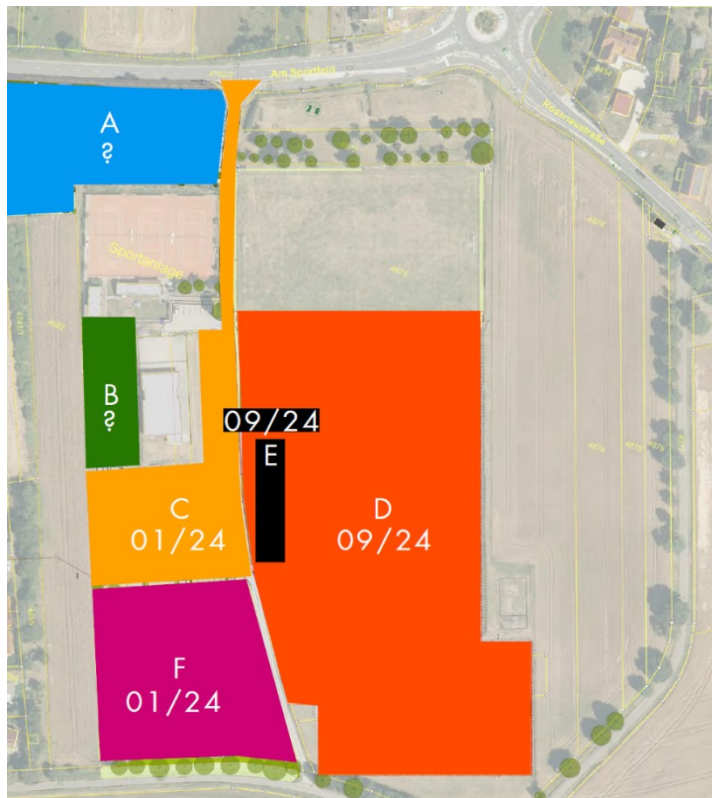
Marktgemeinderat Johannes Maier hat aufgrund persönlicher Beteiligung an der Abstimmung nicht teilgenommen.

7. Sportzentrum Eggolsheim - Bauzeitenplan Außenanlagen und Erschließung

Sachverhalt:

Außenanlagen: Im nicht öffentlichen Teil der heutigen MGR-Sitzung sollen vorbehaltlich der abschließenden Prüfungen, die Aufträge für die Sportaußenanlagen und die Erschließung „Am Sportfeld“ vergeben werden.

Der Bauzeitenplan für die beiden Maßnahmen sieht vor, die Arbeiten am 19.06.2023 planmäßig zu beginnen. (vorbehaltlich der abschließenden Vergabe-Prüfung)



Termine Bau Inbetriebnahme

Wohnbebauung **A**
Baubeginn steht noch nicht fest
Inbetriebnahme steht noch nicht fest

Bundeskegelbahn **B**
Baubeginn vor. 2024
Inbetriebnahme vor. 2025

Parkplatz mit Infrastruktur **C**
Baubeginn vor. 19.06.2023
Inbetriebnahme Januar 2024

Sportanlagen Sportzentrum **D**
Baubeginn vor. 19.06.2023
Inbetriebnahme September 2024

Vereinsheim Sportzentrum **E**
Baubeginn steht noch nicht fest
Inbetriebnahme steht noch nicht fest

Kindertagesstätte **F**
im Bau
Inbetriebnahme Januar 2024

Sportheim Gebäude: Wegen der Insolvenz des Planungsbüros für Haustechnik können die geplanten Termine (Ausschreibung/Baubeginn) nicht gehalten werden. Es wird intensiv an Lösungen gearbeitet, wie die Planungen weiter fortgeführt werden können. Zur Absicherung wurde ein Rechtsanwalt für Insolvenz- und Vergaberecht mit einbezogen. Außerdem finden regelmäßige Abstimmungen mit dem staatlichen Bauamt in Bamberg statt.

Kita Neubau: Auch der Neubau der Kita ist mit der Insolvenz des Planungsbüros betroffen. Hier sind die Arbeiten jedoch schon so weit fortgeschritten, sodass die Bauüberwachung inkl. Abrechnung durch das Architekturbüro Bahl und durch das technische Bauamt abgedeckt werden kann.

Der Bauausschuss und der Marktgemeinderat werden über die weiteren Entwicklungen informiert.

8. Festzelt des Marktes Eggolsheim - Nutzungsvereinbarung und Kalkulation der Verleihgebühr

Sachverhalt:

Das mit Mitteln des Regionalbudgets angeschaffte Festzelt (6 x 12 m) ist nach der aufwendigen Fertigstellung des Zeltanhängers (notwendig für sicheren und bequemen Transport) nun betriebsbereit. Parallel wurde durch die Verwaltung eine Nutzungsvereinbarung ausgearbeitet, welche die Modalitäten des Verleihs regelt.

Gebührenkalkulation

Auch eine Gebührenkalkulation wurde erstellt. Anschaffungskosten für das Festzelt abzüglich der Förderung und Kosten für die Anschaffung des Hängers sowie für den Ausbau des selbigen wurden hierbei berücksichtigt. Zudem Kosten für das Werkzeug und die laufenden Betriebskosten. Da der Auf-

und Abbau nur unter Anleitung eines Bauhofmitarbeiters erfolgen kann, mussten auch die Personalkosten berücksichtigt werden.

Da das Zelt in Konkurrenz zum freien Markt verliehen wird, ist der Verleih umsatzsteuerpflichtig. Aus steuerrechtlichen Gründen ist deshalb wurde auch ein geringer Gewinnaufschlag einzukalkulieren, damit der Markt Eggolsheim im Gegenzug auch Vorsteuer ziehen kann.

Die Grundmietpauschale würde demnach bei 380,00 EUR inklusive gesetzl. MwSt. pro Nutzung. Nutzungsspanne sind maximal 3 Nutzungstage am Stück. Verlängerungstage werden anteilig mit 130,00 € pro weiteren Tag berechnet. Reine Auf- und Abbautage zählen nicht zur Nutzung. Nach der Einschätzung eines erfahrenen lokalen Zeltverleihers liegt diese Verleihgebühr damit deutlich unter den üblichen Marktpreisen für vergleichbare Festzelte. Eine entsprechende Angebotsanfrage für ein Zelt gleicher Größe inkl. der angeleiteten Aufbauleistung ergab einen Preis pro Nutzung (ebenfalls bis 3 Nutzungstage) von 920,00 €. Der Förderzweck wird damit erfüllt.

Nach Billigung der Nutzungsvereinbarung und der Festsetzung der Verleihgebühr durch den Marktgemeinderat, wird die Möglichkeit des Zeltverleihs publik gemacht und der Verleih kann starten.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat billigt die beigefügte Nutzungsvereinbarung für den Verleih des Festzeltes des Marktes Eggolsheim und setzt die Verleihgebühr pro Nutzung kalkulationsgetreu auf 380,00 € brutto fest.

Abstimmungsergebnis: 20 : 0

9. Wünsche und Anfragen

9.1 Würdigung für vorbildliches Handeln in Sachen Energiewende und Klimaschutz - Zuwendung an den Schützenverein Frankonia Neuses e.V.

Sachverhalt:

Der Schützenverein Frankonia Neuses e.V. leistet zum Thema Klimawende seinen Beitrag und möchte die Ölheizung gegen eine Wärmepumpe austauschen. Bereits seit dem Jahr 2009 wird eine PV-Anlage auf dem Dach der Sportstätte betrieben.

Mit Schreiben vom 03.04.2023 beantragt der Schützenverein eine finanzielle Unterstützung der Gemeinde Eggolsheim.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat beschließt das vorbildliche Handeln in Sachen Energiewende und Klimaschutz in Form einer pauschalen Finanzausweisung in Höhe von 1.000,00 Euro zu würdigen.

Abstimmungsergebnis: 20 : 0

Um 20:35 Uhr wurde die öffentliche Sitzung geschlossen.

Für die Richtigkeit der Niederschrift

Markt Eggolsheim

Vorsitzender

Claus Schwarzmann
1. Bürgermeister

Stefan Loch
Schriftführer